
Da bleibt zusammen, was nicht zusammen gehört. Eine kleine Bemerkung zu Deutschland

Die Herausbildung des deutschen Nationalstaats geschah von Anfang an unter einem antiliberalen, völkischen Gesichtspunkt. Dass das deutsche Selbstverständnis auch bald 70 Jahre nach Ende des Nationalsozialismus ein von völkischem Denken durchzogenes ist, zeigt der Autor anhand einiger zentraler Debatten der letzten Jahre. Es erweist sich, dass der Antikommunismus dabei eine zentrale Rolle spielt.

Deutschland im April vor einem Jahr: Günter Grass hatte unter dem Titel »Was gesagt werden muss« ein Prosagedicht veröffentlicht, mit dem er sich zum israelkritischen Märtyrer stilisierte. »Die Atommacht Israel«, formulierte er, »gefährdet den ohnehin brüchigen Weltfrieden«, der iranische Präsident Ahmadinedschad hingegen sei allein ein »Maulheld«. In der Diskussion von Grass' Thesen zeigte sich daraufhin eine vollkommene Divergenz zwischen einem heimlichen und einem offiziellen Deutschland. Während letzteres in seiner politischen wie journalistischen Repräsentation fast einhellig Grass' Invektive gegen Israel klug und differenziert entgegnete, zeigte sich die Mehrheit in der Bundesrepublik mit Grass durchweg versöhnlich. Keineswegs ein Sonderfall. Vielmehr haben wir es mit einer strukturellen Asymmetrie zu tun, die in keinem anderen Land Europas derart zu beobachten ist und die auf verdeckte Weise fortführt, was man einst als deutschen Sonderweg beschrieben hat. Zwar musste sich dieser gabeln, ohne dass die Bundesrepublik es jedoch vermochte, vollkommen von dessen Richtung abzusehen. Eine Richtung, bei der Grass auf seine Art geistig verarbeitet, was als Grundwiderspruch vor ihm bereits Hohmann oder Möllemann ähnlich kleingeistig zu projektiven Loslösungen zwang, bei denen man Israel oder wahlweise »das jüdische Volk« zum Täter macht und - als sei es nicht absurd genug - ob der eigenen Geschichte zugleich vermeint, sich nicht länger winden zu können, deren Implikationen anderorts zu verhindern. Eine Richtung, die auch weiterhin Paulskirchenreden und Gedichte evoziert, deren Inhalt der politisch-mediale Diskurs in der Bundesrepublik genauso differenziert zurückweisen wird, wie er andererseits jede ideologische Differenz totalitarismustheoretisch zunichte macht. Und darin wiederum handelt es sich um einen notwendigen Gegenpart, der zugleich jene Divergenz um eine zweite erweitert: So differenziert wie man Grass entgegnet und in Widerspruch zur deutschen Gesamtgesellschaft tritt, so undifferenziert fallen offizielles und heimliches Deutschland im Anti-Kommunismus zusammen. Eine Richtung also, die wie folgt als These formuliert, allen folgenden Überlegungen zugrunde liegen soll: Deutschland will Republik sein, ohne vom völkischen Erbe zu lassen. Wäre letzteres geschehen,

würde man sich an der Wiedervereinigung nicht nur ästhetisch stören, sondern auch intellektuell.

In den letzten Jahren gab es in Deutschland vor allem drei sogenannte Debatten, die mit großer Emphase geführt wurden; von denen man im Ausland hingegen zumeist nur am Rande Notiz nahm. Einzig die veröffentlichten Artikel über die Thesen von Günter Grass überschritten für wenige Tage die Größe einzelner Kommentarspalten. Im Ganzen wurden aber auch diese eher beiläufig abgehandelt. Die weiteren Kontroversen, mit denen sich in der Bundesrepublik über Wochen Titelthemen machen ließen und zahlreiche Talkshows füllten - und die wohl auch im Ausland hätten kritischer beobachtet werden sollen - waren zum Einen Thilo Sarrazins Buchveröffentlichung und die darin proklamierte drohende Selbstabschaffung Deutschlands aufgrund türkisch-muslimischer Zuwanderung, zum Anderen eine »Kommunismus-Debatte«, bei der ein mäßiger Artikel von der Vorsitzenden der Linkspartei, Gesine Löttsch, mit dem Titel »Wege zum Kommunismus« den Anlass gab, sich allerorten zu empören, ja teils sogar ein Verbot der Linkspartei einzufordern. Flankiert wurden diese drei Ereignisse schließlich durch die Diskussion um die bekannt gewordene Mordserie neonazistischer Terroristen, deren Taten man im Land der Dichter und Denker über Jahre hinweg flapsig »Döner-Morde« genannt hatte - mit der bekannten journalistischen Übereinkunft, die neun Toten seien allesamt Ergebnis »bandeninterner Konflikte«. Zu zeigen ist, inwiefern all diese Vorgänge in einem inneren Zusammenhang stehen, so verschieden sie auch erscheinen mögen.

Des Gründungsvaters völkisches Kalkül

Es gibt ein Interview mit Konrad Adenauer aus dem Jahr 1965, in dem er von Günther Gaus im Rückblick auf seine Kanzlerschaft befragt wird. In diesem erklärt der knapp neunzigjährige Adenauer: »Die Macht der Juden auch heute noch, insbesondere in Amerika, soll man nicht unterschätzen. Und daher habe ich sehr überlegt und sehr bewusst - und das war von jeher meine Meinung - meine ganze Kraft daran gesetzt, so gut es ging, eine Versöhnung herbeizuführen zwischen dem jüdischen Volk und dem deutschen Volk.« Zwei Theoreme sind mit dieser Aussage zugleich berührt, die sich wie ein roter Faden bis in die bundesrepublikanische Gegenwart ziehen: Ein völkisches Nationenverständnis einerseits, andererseits die Kompromittierung der Aussöhnung zum politischen Kalkül.

Bekanntlich vollzog sich die Formierung des deutschen Nationalstaats im Weltmaßstab nicht nur verspätet, sondern unter, anders als etwa in England oder

Frankreich, antiliberalen Vorzeichen. Während dort die Nationenbildung mit der bürgerlichen Revolution zusammenfiel, deren aufklärerischer Topos eine formal-positive Selbstbestimmung qua politischer Willensäußerung ermöglichte, musste die Restauration im revolutionslosen Deutschland auf einen äußeren Bezugspunkt rekurrieren, um als Entität zusammenzuführen, was sich von innen nicht politisch verwirklichen wollte. In einer mythisch-religiösen Aufladung, die dem völkischen Gedanken einen über das Nationale, rein 'völkliche' weit hinausgehenden imaginären Sinn verlieh, fand sich christlich-fundiert im Judentum der Abstoßungspunkt, der alle Juden ausschloss, aufgrund der heidnischen Annahme eines germanischen Ursprungs, um unter deren Vorzeichen »alle Deutschen« zugleich einzuschließen. Getragen von einer Propaganda, die maßlos die völkische Geschlossenheit und rassische Reinheit des jüdischen Volkes übertrieb, polarisierte man das deutsche Volksbewusstsein gegenüber einem »jüdischen Drang nach Weltherrschaft«, wozu im »deutschen Wesen« die Alternative liegen sollte. Und gerade diese negative Bestimmung der deutschen Nation ermöglicht die von Adenauer formulierte Konjunktion, die, gesetzt des Falles, man spräche vom amerikanischen und vom jüdischen Volk, geradezu lächerlich klänge. Nichts anderes zeigt sich weniger staatstragend an einer Weihnachtskarte, die Petra Roth, ihrerzeit Frankfurter Oberbürgermeisterin, an den deutschen Staatsbürger Ignatz Bubis schickte, in der sie diesem für den Friedensprozess in seinem Lande alles Gute wünschte und völkisch-verkappt Israel meinte.

Adenauers Äußerungen zeigen sich eng verbunden mit dem Geiste der deutschen Ideologie. Ganz zu schweigen von seiner Wortwahl »auch heute noch«, die, sobald man sie versucht zu begreifen, bloß grausige Interpretationen erweckt, imaginiert er exakt jene insinuierte Macht der Juden, der gegenüber er den moralischen Standpunkt der Deutschen verständlich macht; er verzahnt gleichsam den Umgang mit der Shoah genuin mit machtstrategischen Überlegungen. Im gleichen Interview spricht Adenauer von einem »Gefühl der Gerechtigkeit«, um fortzuführen: »Wir hatten den Juden so viel Unrecht getan, wir hatten solche Verbrechen an ihnen begangen, dass sie irgendwie gesühnt werden mussten oder wiedergutmacht werden mussten, wenn wir überhaupt wieder Ansehen unter den Völkern der Erde gewinnen wollten.« Hierbei reflektiert sich selbstredend weniger ein kategorischer Imperativ als vielmehr eine politische Notwendigkeit in einer spezifisch-historischen Konstellation: (West-)Deutschland hatte in der Nachkriegszeit zwischen zwei Imperialismen stehend einzig die Möglichkeit einer Bündniseingliederung, die sowohl eine radikale formal-politische Neugestaltung, als auch eine glaubhafte »geistig-moralische Wende« erzwang. In dieser Weise spricht Adenauer von dem Ansehen, das man bei der Weltgemeinschaft allein über die versöhnliche Politik gegenüber den Juden wiedergewinne. Und das hieß vor allem und heißt freilich noch immer: zu Israel.

Grass, Möllemann, Hohmann, Sarrazin

Es scheint, als habe sich Adenauers kalkulierte Versöhnung durch die Jahrzehnte der bundesdeutschen Geistesbewegung gespeist, insofern als das kritische Bewusstsein gegenüber antisemitischen Ausdrucksformen und Gefahren letztlich äußerlich bleibt. Keineswegs sollen damit begrüßenswerte Entwicklungen in Zweifel gezogen werden. So die von Bundeskanzlerin Merkel vor der Knesset bekundete Verantwortung Deutschlands für die Sicherheit Israels als Teil der deutschen Staatsräson. Aber wie ist es möglich, dass Deutschlands meistgelesenes Tagesblatt, die Bild-Zeitung, die seit den Anfängen der Bundesrepublik deren öffentlichen Diskurs in weiten Teilen begleitet, in ihren Arbeitsverträgen gar die Unterstützung des Staates Israels festlegt - in diesem Sinne veröffentlichte man im Jahr 2002, als Jürgen Möllemann gerade gegen Michel Friedmann und Ariel Sharon hetzte und eine Verkehrung ähnlich der von Grass vollzog, nach einem Terroranschlag ein Foto eines getöteten israelischen Busfahrers mit der Überschrift »Schaut her, ihr Möllemänner!« - und gleichwohl in Meinungsumfragen wie selbstverständlich 65% der Deutschen der Ansicht zustimmen, Israel sei die größte Bedrohung des Weltfriedens? Gleiches gilt für die im Bundestag vertretenen Parteien, die, ausgenommen der Positionen Vereinzelter, Grass' Intervention ebenso geschlossen zurückweisen, wie die Israel-Kritik Möllemanns, den Revanchismus Martin Hohmanns [...]1 oder die Überlegungen Thilo Sarrazins. In allen Fällen genossen diese Herren in Umfragen große, wenn nicht überwältigende Zustimmung, was nicht zuletzt darauf schließen lässt, dass kein kritischer Dialog zwischen der Bevölkerung und den diese vertretenden Parteien möglich scheint. Die Theorie parlamentarischer Repräsentation sieht einen Bildungsauftrag der Parteien vor. Aufgrund der Identifikation, die über die abgegebene Stimme zwischen Wähler und Partei besteht, sichert diese sich nicht nur durch Bürgergespräche bei jenem ab, sondern durchschreitet jener auch einen Lernprozess durch die Diskussion und inhaltliche Aufbereitung seiner Partei. Die »bildende« Verschränkung beider Seiten hätte wohl zur Folge, dass es abseits von verfassungsfeindlichen Parteien, auch eine Fraktion gäbe, welche jene Herren vereinte und verträte wie es in den Vereinigten Staaten obskurantistische Flügel innerhalb der Republikanischen Partei gibt, man gleichwohl aber durch die politische Auseinandersetzung deren Verfehlung nachvollziehen könnte, wie bei den US-amerikanischen Vorwahlen mit Michele Bachmann geschehen. Doch besteht das bundesdeutsche Problem nicht alleinig in der Divergenz zwischen politischer Repräsentation und deren Wählern - es liegt tiefer.

Der Begriff mit »K«

Vor knapp zwei Jahren, Anfang 2011, entbrannte in Deutschland die sogenannte Kommunismus-Debatte, die an folgendem Satz Anstoß nahm: »Die Wege zum Kommunismus können wir nur finden, wenn wir uns auf den Weg machen und sie ausprobieren, ob in der Opposition oder in der Regierung.« Anstatt in differenzierter Form auf die im Kontext des Satzes von Löttsch vertretenen Positionen einzugehen, stürzte sich die gesamte deutsche Presse einzig auf die Faktizität jenes Begriffs mit »K«. In einer Hysterie wie sie in anderen europäischen Ländern, zumindest gesamtgesellschaftlich, ihres Gleichen sucht. Nicht geht es darum, den Stalinismus von der Begriffsgeschichte auszuschließen. Im Gegenteil: Er gehört weiterhin reflektiert, auch um die Tragik der Moderne begreiflich werden zu lassen. Doch ist die Geschichte des Kommunismus gekennzeichnet durch eine radikale Diversifizität, von der Peter Weiss' »Ästhetik des Widerstands« eindrucksvoll Zeugnis gibt. Von alledem keine Spur: Man empörte sich, schrieb vom »Rückfall in tiefrote Zeiten« und von »Skandal«, forderte die flächendeckende Überwachung der Linkspartei durch den Verfassungsschutz, von rechtskonservativer Seite gar deren Verbot, und so verlor diese schließlich spürbar an Wählergunst. Die gesamte Debatte mitsamt journalistischer Aufbereitung war gekennzeichnet von Ignoranz und Stumpfsinnigkeit. Um nur ein Beispiel zu geben: In der FAZ fragte Florentine Fritzen, nachdem sie den Kommunismus als Gleichheitswahn im Himmel entwickelte: »Aber was wäre das für ein Himmel, in dem man sich zum Beispiel dauernd Backrezepte ausdenken muss, obwohl man doch viel lieber Teig rührt - oder umgekehrt?« Warum gab es von keiner Seite den Versuch eines differenzierteren Blicks oder der Selbstbetrachtung, um zu ergründen, wie es zur Eigenheit der Debatte kommt? Warum fehlte der Intellekt, der in den Repliken auf Grass omnipräsent ist? Eine pluralistische Gesellschaft bedürfte dieser Differenzierungsleistung.

Wie bereits notiert, hatte Westdeutschland sich nach dem Zweiten Weltkrieg in eine neue Bündniskonstellation einzuordnen. Rechtstaatlichkeit, parlamentarische Demokratie, Menschenrechte waren Teil der notwendig gewordenen formal-politischen Neugestaltung. Auch die glaubhafte Abkehr vom völkischen Wahn des Nationalsozialismus gehörte zur anfänglichen Agenda der westlichen Siegermächte. Doch war es weder die Überzeugungskraft liberaler Ideen, noch ein entschieden vollzogener Antifaschismus, der die bundesdeutsche Gesellschaft zur Westintegration bewog. »Entscheidend war vielmehr auch diesmal der Wille, einer feindlichen Bedrohung ein diese polarisierendes Selbstverständnis entgegenzusetzen«, schreibt Lutz Hoffmann in »Das deutsche Volk und seine

Feinde«, um daraufhin zu erklären: »Den Abscheu gegenüber allen totalitären Strukturen übten die Deutschen nicht an der ohnehin zunächst verdrängten eigenen totalitären Vergangenheit, sondern an einem aus dieser Zeit geerbten Feindbild, das sich im Kalten Krieg lediglich in eine andere Bündiskonstellation einordnete und daher zu einem neuen Antagonismus einlud.« Das kollektive Feindbild wurde folglich nur verlagert auf die den Kommunismus repräsentierende Sowjetunion, nicht aber überwunden. Geerbtes Feindbild deshalb, weil der Kommunismus als internationalistische und egalitäre Bewegung im »Dritten Reich« und bereits weiland in der es heraufbeschwörenden antisemitischen Ideologie der Nazis zentraler Angriffspunkt war. So sprach Hitler am Vorabend des 9. November 1923 vom Kampf gegen die »jüdisch-marxistische Brut«. Kein Zufall: Antisemitismus und Antikommunismus sind Brüder im volksdeutschen Geiste, weil dieser im Kommunismus das Werk der »jüdischen Weltverschwörung« wittert, in dessen radikalem Humanismus die Entwurzelung »der deutschen Herrenrasse« drohe. Auf dieser geschichtlichen Formierung des völkischen Willens aufbauend, bot die deutsche Ideologie gen Osten ein Bollwerk. »Und so wurde der Antikommunismus zur zentralen 'Integrationsideologie' der sich als deutsches Volk begreifenden westdeutschen Gesellschaft.« (Lutz Hoffmann) Bekanntlich ist der »Feind im Osten« mittlerweile untergegangen und mit ihm der konkrete Bezug, mitnichten aber die Ideologie, die ihn verachtete. Diese treibt weiterhin, wie jene Debatte eindrucksvoll beweist, als »Begriff ohne Anschauung« ihr hohles Unwesen; verinnerlicht zum Reflex, der jeden Versuch, anstatt nach wirklichen Möglichkeiten, nach möglichen Wirklichkeiten zu fragen, vereitelt.

Die totale Gleichmacherei oder: »Die Braune Armee Fraktion«

Mit dem Antikommunismus der westdeutschen Gesellschaft geht zugleich ein Verständnis von Totalitarismus einher, das mittlerweile fest im gesamtdeutschen Geschichtsverständnis verankert ist. Zuerst hatte man die eigene Geschichte über den Umweg des Antikommunismus derart verdrängt, dass man schon in den fünfziger Jahren überzeugt war, nie etwas anderes als Demokratie und Marktwirtschaft gewollt zu haben. Daraufhin identifizierte man den Großteil der Ostdeutschen als Opfer des Stalinismus, der fortführte, was der Hitlerismus zuvor mit allen Deutschen unternahm, so dass man von Verbrechen sprechen konnte, die »im Namen des deutschen Volkes« begangen worden, nicht aber von diesem selbst. Deutschland gehöre letztlich schon immer zu den Guten, lautet das Credo, man sei nur vergewaltigt worden von den Extremen beider Seiten, die sich nicht viel nähmen. Dass die Wehrmacht keinen einzigen Menschen der Welt befreite, die Rote Armee sehr wohl eine Befreiungsarmee war - geschenkt. Wen es zwick, der

fantasiert auch schon einmal, wie von dem gleichen Günter Grass gegenüber der israelischen Tageszeitung Haaretz getan, 6 Millionen deutsche Soldaten herbei, die von den Russen »liquidiert« worden seien. Und wenn jemand versucht, Hitlers Helfer nicht nur in acht Personen aufzufinden, sondern, wie von Daniel Goldhagen, Sohn eines Holocaust-Überlebenden, in den neunziger Jahren unternommen, den überwältigenden Teil der Deutschen als »willige Vollstrecker« begreift, deren Antisemitismus eine geschichtlich-kollektive Identität besaß, dann wartet als Reaktion einzig ein Analogieprinzip. So geschehen bei einer Fernsehsendung der ARD, bei der man Goldhagen auf eine Anklagebank setzte und ihn kurz vor Ende mit der Zuschauerfrage konfrontierte, ob er bereit sei zuzugeben, »dass auch Juden schlimme Taten begangen haben!«

Die Berichterstattung über die aufgedeckten Mordtaten eines »rechtsradikalen Terrornetzwerks« an neun Menschen, deren Aussehen sie als nicht »autochthon« verriet, und der Umgang der politischen Klasse mit jenem Verbrechen offenbart eindrucksvoll die zuvor skizzierte Gesinnung. DER SPIEGEL titelte mit »Die Braune Armee Fraktion« und bemühte ein Bildbearbeitungsprogramm, um die polizeilichen Farbfotos der Täter in grobkörnige Schwarz-Weiß-Fotos umzuwandeln, damit sie auch auf Fahndungsplakaten nach RAF-Terroristen hätten Platz finden können. Allgemein konnte man von »Rechtsradikalismus« und »Rechtsterrorismus« lesen bzw. der insinuirenden Frage »Neue Gefahr von Rechts?«. Die politischen Repräsentanten formulierten im gleichen Stil: Es müsse »ein Terrorabwehrzentrum auch für den Bereich des Rechts- und Linksextremismus her.« Und nach Bekanntwerden der ersten Ermittlungsergebnisse rief Kanzlerin Merkel dazu auf, »wachsam zu sein, gegen jede Form von Extremismus« und fügte hinzu: »In diesem Fall wahrscheinlich auf Extremismus von der rechten Seite.« Keiner erfasste den Irrsinn, links sei gleich rechts, rot gleich braun, besser als der Sprachkritiker Hermann Gremliza: »Natürlich weiß jeder, dass es nicht wahr ist. Als nicht Islamisten, wie viele angenommen hatten, das Massaker in Norwegen verübt hatten, sondern ein blonder Arier, zweifelte keiner: das musste ein Faschist, ein Nazi, ein Rechter sein; auf die Idee, es könne diesen Massenmord ein Kommunist, Sozialist, ein Linker dieser oder jener Fraktion begangen haben, kamen der Präsident des Verfassungsschutzes und der Professor für Totalitarismus in ihren wildesten Träumen nicht.«

Auffallend ist, dass es in all den Wochen der fortschreitenden Aufklärung der nazistischen Morde, zu deren Gelingen der deutsche Verfassungsschutz erheblich beigetragen hat, in der deutschen Bevölkerung reichlich still geblieben war. Wohl fand in Berlin schließlich eine große Gedenkveranstaltung mitsamt hoher Repräsentanz aus Politik und Gesellschaft statt, auf der die in Deutschland geborene Tochter eines Ermordeten den Anwesenden verlas, nun in die Türkei

auswandern zu wollen, und damit ex negativo den Nazis einen »Erfolg« mehr einbrachte, ohne dass man es ihr verübeln könnte. Fern davon aber war kein wirkliches Erschrecken aufzumerken, das die Menschen hätte ins Gespräch und auf die Straße bringen können. Wie ist diese Kälte, diese Stumpfheit der meisten Deutschen zu erklären?

Deutschland schafft sich ab

Nur ein gutes Jahr zuvor war ein Buch mit dem Titel »Deutschland schafft sich ab - Wie wir unser Land aufs Spiel setzen« veröffentlicht worden, das in Deutschland mit mittlerweile über anderthalb Millionen verkauften Exemplaren monatelang auf den Bestsellerlisten rangierte. Darin stehen Sätze wie: »Bleibt die Fertilitätsrate der deutschen autochthonen Bevölkerung dort, wo sie seit 40 Jahren liegt, dann wird im Verlauf der nächsten drei bis vier Generationen die Zahl der Deutschen auf 20 Millionen sinken. Im Übrigen ist es absolut realistisch, dass die muslimische Bevölkerung durch eine Kombination von hoher Geburtenrate und fortgesetzter Einwanderung bis 2100 auf 35 Millionen wachsen kann.« Das Buch suggeriert gleich seinem Titel eine Bedrohung des deutschen Status Quo, der sich über den definiert, der als Bedrohung identifiziert wird. Und bedrohlich sind die »muslimischen Migranten«, vorgeblich weil in deren wie in keiner anderen Religion »der Übergang zu Gewalt und Terrorismus so fließend ist« und ein antidemokratischer und bildungsferner Geist zementiert werde. Nicht aber unternimmt das Buch den Versuch, religionskritisch für ein laizistisches Staatswesen zu plädieren, sondern spricht von »dem Moslem« als Rasse. Weil Sarrazin unfähig ist die deutsche Nation anders als völkisch zu denken, wundert auch nicht, dass seine Argumentation, wo sie die assimilierten Juden als vorbildliche Migranten gegen die Muslime ausspielt, auf die Genetik verweist. Indem er ihnen ein »Intelligenzgen« attestiert, bleibt zugleich deren Fremdheit markiert. Damit ist, was an Ort und Stelle noch als Fähigkeit honoriert wird, sich produktiv in die Volksgemeinschaft einzubringen, anschlussfähig ans antisemitische Narrativ, das an eben jener Intelligenz, die Disposition zur verschworenen Weltherrschaft erkennt.

Es ist nicht gesagt, dass das Buch für die neonazistischen Morde verantwortlich ist. Nicht nur weil sie vorher geschehen sind, sondern weil seine Verteidiger sich stets auf strukturelle Faktoren, d.h. den Einwanderungsstopp aus bestimmten Ländern bezogen. Wohl aber ist aufzumerken, dass jene Terroristen ähnlichen Geistes sind, weil sie Deutschland zu retten meinten, indem sie es bei ihren Taten auf eine bestimmte Menschengruppen absahen: Die Mordopfer waren acht Türken und ein

Griechen.

Während alle im Bundestag vertretenen Parteien mit ihren Auffassungen über die Thesen Sarrazins links von ihrer Wählerschaft standen, indem sie auf die Stigmatisierung und den enthaltenen Rassismus verwiesen, war die Kritik der journalistischen Kommentatoren nicht immer eindeutig. Vor allem die Bild-Zeitung konnte sich zum Sprachrohr derer ermächtigen, die sie an anderer Stelle aufgrund ihres Dekrets gegenüber Israel ignoriert, und titelte mit der Losung »Das wird man ja wohl noch sagen dürfen«: »Zu viele junge Ausländer sind kriminell!« - »Nicht wir müssen uns den Ausländern anpassen, sondern sie sich uns!« - »Auf den Schulhöfen muss Deutsch gesprochen werden!« - »Ich will mich nicht dafür entschuldigen müssen, Deutscher zu sein!«. Hätte sich dieses Deutschland, in dem man sich mittels äußerer Feinde völkisch vereint, mit Sarrazin gegen ihn formuliert, nicht schon längst abschaffen können und sollen?

»I can't relax in Deutschland«

Die völkische Fundierung der eigenen Nation führte die Bundesrepublik nach Kriegsende mit ihrem Festhalten an der deutschen Wiedervereinigung innen- wie außenpolitisch fort, weshalb das Grundgesetz auch bloß »Verfassungsrang« genoss - die Wiedervereinigung sollte staatsrechtlich nicht ausgeschlossen werden. Hätte man die Existenz zweier deutscher Staaten hingegen nicht nur mittelfristig mit realpolitischem Hintersinn akzeptiert, sondern sie geistig als langfristige Denkmöglichkeit vollzogen (was keineswegs die Billigung einer Mauer einfordert), so hätte es notwendig auch zu einem Paradigmenwechsel im deutschen Selbstverständnis kommen müssen. Es wäre ein wirklich liberales Selbstverstehen erzwungen worden, das die Nation der bürgerlichen Gesellschaft als Realabstraktion reflektiert, als politischen Gestaltungsrahmen, und nicht im Sinne einer Blut-und-Boden-Theorie zur Entität hypostasiert. Heiner Müller kommentierte hierbei ähnlich und desillusioniert die Entwicklung der Proteste in der DDR; er habe befürchtet, ja schon gewusst, als die Parole aufkam, dass »Wir sind das Volk« auf deutschem Boden wieder bei »Wir sind ein Volk« angelange.

Von Marx gibt es den bekannten Satz, dass nicht nur der Gedanke zur Wirklichkeit, sondern die Wirklichkeit auch zum Gedanken drängen müsse. Verkürzt voluntaristisch und gleichsam realpolitisch übertragen hieße das für Vorgenanntes: Es reicht nicht, den geistigen Überbau zu verändern, Deutschland formal zur Republik umzugestalten, sondern dieser hat sich auch real im geschichtlichen Prozess durch eine wirkliche Praxis auszutragen. Und das hieße zuvörderst: die

radikale Abkehr des politischen Subjekts vom Völkischen. Deshalb ist der Hergang der deutschen Wiedervereinigung eben kein Beweis einer republikanischen Selbstbestimmung, sondern dessen borniertes Gegenteil und Rostock-Lichtenhagen mental nur einen Katzensprung entfernt. Nochmals Lutz Hoffmann: Anstatt »[...] jedem Plebiszit, jeder breiten Verfassungsdiskussion und jeder Selbstorganisation der Gebietsbewohner (unter Einschluß der niedergelassenen 'Ausländer') [...] hat man das überstürzte Handeln der Administration auf den Mythos eines von Natur aus zusammengehörenden Volkes gegründet, das nur noch und rein vegetativ 'zusammenwachsen' müsse.« Dagegen legte eine wirkliche Empörung über die eigene Geschichte die Wendung gegen den Strich der bisherigen deutschen Geschichtsdeutung nahe und befreite vollends vom ewig gestrigen Wunsch, wieder wer sein zu wollen, wie es der bereits in Vergessenheit geratene Jean Améry eindringlich monierte: »Sehen Sie, geschätzter Herr Bundesbürger, wenn ich an Ihrer Stelle wäre, würde ich mich nicht berauschen an dem Satz 'Wir sind wieder wer!', sondern würde zusehen, daß ich jetzt die Chance habe, endlich einmal wer zu sein. Ich würde dann meinen männlichen Zorn, nicht gegen Gastarbeiter, langhaarige Studenten, jüdische Journalisten, Nachtstudio- Redakteure und dergleichen arme Schlucker richten, sondern gegen eben jene, die, gleichgültig welcher Partei sie angehören oder nahestehen, Ihnen einreden wollen, um wirklich wer zu sein, müßten Sie traditionelle Verhaltensmuster wiederaufnehmen.«

Mit allem Gesagten wird deutlich: Der bundesdeutsche Geist ist nur so sehr von seinem expliziten Antisemitismus abgerückt, wie er von anderen Integrationsideologien nicht lassen kann, was den Verdacht nahe legt, dass auch jener hinterrücks weiterhin im völkischen Geist keimt. Die einleitend beschriebene Divergenz lässt sich nicht einmal auf die Formel bringen: Hier das hinter seiner Staatsform zurückgebliebene Volk, dort die aufgeklärten Herrschenden. Im Hinblick auf die sogenannte Kommunismus-Debatte wird deutlich, wie sehr die politische Klasse ideologisch selbst dem historisch gewachsenen Anti-Kommunismus anhängt, der in seiner geistigen Verarbeitung die Aufmerksamkeit auf zwei politisch nivellierte Extreme lenkt und dabei verkennt, wie sehr die totalitarismustheoretische Gleichsetzung auslebt, was man sich an anderer Stelle untersagt.

Der Verdacht, das von Adenauer nur offen ausgesprochene Kalkül, aus dem einzig die Unterstützung Israels folgte, bleibe das Fundament aller bundespolitischen Entscheidungen bis in die Gegenwart, kann um die Mutmaßung weitergesponnen werden, dass die Kritik der politischen Führung an den Thesen Sarrazins vornehmlich der Versuch war, das Ansehen Deutschlands auf den Märkten der Welt zu retten. Um es nochmals zu betonen: Wenn hier von äußerlichem Bewusstsein die Rede ist, bedeutet das mitnichten, die Empörung über Grass & Co. sei nicht

glaubhaft, jedoch erforderte eine emphatische Wendung zugleich die Überwindung des völkischen Selbstverständnis mitsamt der Einsicht, die strukturelle Notwendigkeit von Projektionsideologien real - und nicht nur äußerlich - überwinden zu müssen. Gerade die völkische Abgrenzung gegenüber einer mit dem Islam identifizierten migrantischen Bevölkerungsgruppe, der man das Deutschtum entgegensetzt, kann sich als überaus gefährlich erweisen, sobald Deutschland nicht mehr entgegen der Herzenswünsche einer großen Mehrheit seiner Wähler regiert wird.

33 Jahre nach jenen Worten Adenauers erklärte Ignatz Bubis in seinem letzten Interview im Rückblick auf seine Präsidentschaft des Zentralrats der Juden in Deutschland: »Ich habe nichts oder fast nichts bewirkt. Ich habe immer herausgestellt, daß ich deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens bin. Ich wollte diese Ausgrenzerei, hier Deutsche, dort Juden, weghaben. Ich habe gedacht, vielleicht schaffst du es, daß die Menschen anders übereinander denken, anders miteinander umgehen. Aber, nein, ich habe fast nichts bewegt. Die Mehrheit hat nicht einmal kapiert, worum es mir ging.«

Fussnoten

Aufgrund der Androhung einer Unterlassungsklage durch Herrn Martin Hohmann wurde der Artikel an dieser Stelle um einen Nebensatz gekürzt. Dieser bezog sich auf die bekannte Rede Hohmanns, welche unter folgendem [Link](#) zu finden ist. Unsere Stellungnahme im Zusammenhang mit dieser Klageandrohung findet sich [hier](#) zusammen mit dem Briefwechsel zwischen Respektive und Martin Hohmanns Rechtsvertretung(PDF).